Anfrage

öffentlich

Datum

07.03.2006

Nummer

F0042/06

Absender

FDP-Ratsfraktion

Adressat

Oberbürgermeister
Herrn Dr. Lutz Trümper

Gremium

Stadtrat

Sitzungstermin

13.03.2006

Kurztitel

Information I0035/06 Berufliche Frühorientierung an Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Die Verwaltung hat eine umfangreiche Information (I0035/06) zu den Anträgen A0073/05 (Berufliche Frühorientierung an Schulen verbessern) und A0174/05 (Schaffung von Praktikumsplätzen) vorgelegt. Für diese detaillierte Übersicht mit interessanten und praktisch handhabbaren Materialien danke ich der Verwaltung ausdrücklich.

Es ergeben sich für mich aus dieser Information Fragen, die ich Sie bitte mündlich und ggf. ergänzend schriftlich zu beantworten:

1. Auf Seite 3 wird der Umgang mit dem Berufswahlpass beschrieben. Da neben dem Pass von den Schulen auch andere Möglichkeiten der Förderung der Berufswahlorientierung entwickelt wurden und genutzt werden, wäre es interessant zu erfahren, ob eine Evaluation dieser Instrumente geplant ist. Ist bekannt, ob ein Erfahrungsaustausch zu dieser Problematik zwischen den Schulen in Magdeburg stattfindet?
2. Wenn auf Seite 4 der Information formuliert wird, dass „Inhaltlich ... die Ausbildungsberufe der freien Wirtschaft im Zuständigkeitsbereich der IHK durch die Landeshauptstadt Magdeburg nicht bekannt gemacht und angeboten werden“ können, besteht dann trotzdem die Möglichkeit, vom Internetangebot der Stadt einen Link bspw. zur IHK zu schalten, damit sich Interessenten dort weiter informieren können?
3. Wie werden die Schulen resp. Schülerinnen und Schüler auf die in der Anlage 5 dargestellten Informationen über Ausbildung und Praktikumsplätze in der Verwaltung der LH MD aufmerksam gemacht?
4. In der Anlage 7 „5 Jahre Girls Day – eine Zwischenbilanz“ werden auf Seite 5 Angebote für Mädchen in Magdeburg aufgeführt. Selbst wenn keine Vollständigkeit unterstellt wird, erhebt sich für mich die Frage, warum hier keine Krankenkassen, Banken und Versicherungen aufgeführt sind. Wurden beispielsweise die AOK, die Stadtsparkasse und die ÖSA auf ihre Bereitschaft, sich am Girls Day zu beteiligen, angesprochen? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?
5. Resultierend aus der Wertung der Kooperationsbereitschaft einiger Schulen in Anlage 7 (S. 6) frage ich, wie das Schulverwaltungsamt an der Vorbereitung des Girls Days beteiligt ist und welche Möglichkeiten die Verwaltung sieht, dafür Sorge zu tragen, dass sich derartige negative Bewertungen nicht wiederholen?

Holger Franke
Fraktionsvorsitzender